



Beschluss der Landesversammlung vom 01.12.2018

**Leitantrag zur Landesversammlung des
Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU (AKU)
am Samstag, 1. Dezember 2018**

Bayern - umweltfreundlichster Wirtschaftsstandort der Welt

1 Vorbemerkung

2 Wir bringen zusammen, was sich scheinbar widerspricht. Das ist das Besondere am Lebensgefühl
3 Bayern. Und wir als CSU nehmen die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts an: Die
4 Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft. Deshalb arbeiten wir gemeinsam an unserer Vision: Den
5 Freistaat Bayern zum umweltfreundlichsten Wirtschaftsstandort der Welt zu machen.

6 Der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU (AKU) begrüßt daher
7 ausdrücklich den Koalitionsvertrag, den CSU und Freie Wähler zur Bildung einer Bayerischen
8 Staatsregierung geschlossen haben. Dieser Koalitionsvertrag enthält zahlreiche Ideen und
9 Vorschläge, die vom AKU in die politische Arbeit der CSU eingebracht wurden. Der AKU will die
10 Umsetzung dieser Ideen kritisch-konstruktiv begleiten und mit eigenen Impulsen tatkräftig dazu
11 beitragen, dass aus den im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorschlägen auch konkrete Maßnahmen
12 und Taten werden.

13 Verankerung von Ökologie und Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung

14 Die Artikel 3 und 141 der Bayerischen Verfassung enthalten bereits starke Aussagen zum
15 Umweltschutz und dem verantwortungsvollen Umgang mit unseren (begrenzten) Ressourcen.

16 Umweltschutz hat bereits Verfassungsrang und kann durch eine Zusatzdeklaration, Bayern als
17 ökologischen Staat zu bezeichnen, an weiterer Glaubwürdigkeit hinzugewinnen. Montenegro hat
18 bereits 1991 den Passus „*Montenegro is a democratic, social and ecological state*“ im ersten Artikel
19 seiner Verfassung eingeführt.

20 Für Bayern könnte das so aussehen:

21 (1) Bayern ist ein Rechts-, Kultur-, Sozial- und ein *ökologischer* Staat. Er dient dem Gemeinwohl.

22 (2) Der Staat schützt nachhaltig die natürlichen Lebensgrundlagen und die kulturelle Überlieferung.
23 Er fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in
24 Stadt und Land.

25 Auch beim Flächenverbrauch könnte der Bedeutung des Themas durch einen Zusatz in der
26 Bayerischen Verfassung Rechnung getragen werden.

27 Eingefügt wird als neuer Absatz 4, Art. 141 der Bayerischen Verfassung:

28 „Die Versiegelung von Flächen hat deutliche Auswirkungen auf die natürliche Schönheit und
29 Funktionsfähigkeit der Natur. Der Boden benötigt als endliche Ressource einen besonderen Schutz.
30 Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben deshalb die Aufgabe, durch
31 effiziente Flächennutzung und nachhaltige Siedlungsentwicklung natürliche Landschaften vor
32 Zersiedelung zu schützen und eine Flächenkreislaufwirtschaft zu ermöglichen.“

33 **A) Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen**

34 **1. Flächenverbrauch**

35 Eines der drängendsten Themen bezogen auf den verantwortungsvollen Umgang mit
36 Ressourcen stellt in Bayern aktuell die Frage nach der Nutzung der Flächen dar. Wir stehen zu
37 dem Ziel der Bundesregierung, bis 2030 den Flächenverbrauch auf bundesweit unter 30 ha pro
38 Tag zu reduzieren.

39 Im bayerischen Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass wir im Freistaat eine Richtgröße für
40 den Flächenverbrauch (Siedlungs- und Verkehrsfläche) von 5 ha je Tag im
41 Landesplanungsgesetz anstreben werden. Dazu gehört auch eine bayerische
42 Entsiegelungsprämie und wir werden auch wirkungsvolle Steuerinstrumente gemeinsam mit den
43 Kommunen entwickeln. Daneben wollen wir im staatlichen Hochbau und im Straßenbau dem
44 Flächensparen und dem Schutz der Ressourcen größeres Augenmerk schenken.

45 Der AKU erneuert hier seine Positionen, die bereits im Februar dieses Jahres vorgestellt
46 wurden.

47 Wir wollen den Flächenverbrauch nachweisbar verringern. Schlüssel sind nicht starre Grenzen,
48 sondern ein intelligentes Flächenmanagement, das auch die Mehrfachnutzung verbrauchter
49 Flächen fördert und die Verknüpfung mit flexiblen Anreizprogrammen wie zum Beispiel die
50 Entsiegelungsprämie sowie Instrumente wie die Dorferneuerung und die Städtebauförderung zur
51 Revitalisierung der Ortskerne nach dem Motto „Innen statt Außen“. Zur weiteren Sensibilisierung
52 gegenüber der Thematik und zur wirkungsvolleren Umsetzung vor Ort, soll jeder Landkreis und
53 jede kreisfreie Stadt einen Flächenmanager erhalten.

54 Wir brauchen ein leistungsfähiges Monitoringsystem, um gegebenenfalls weitergehende
55 Maßnahmen in Angriff nehmen zu können.

56 Konkrete Punkte hierfür aus dem Positionspapier des AKU und der KPV Bayern vom Februar
57 2018 sind u. a.:

58 • **Brachflächen und Leerstände bekämpfen!**

59 Brachflächen und Leerstände stellen ein großes Potenzial zur Nutzung durch Gewerbe und
60 Wohnen dar. Deshalb ist es zunächst wichtig, ein Baulücken- und Brachflächenkataster für
61 ganz Bayern zu erstellen. Grundlage dafür sind die Meldungen aus den Kommunen.

62 In einem zweiten Schritt wird ein Vorrang der Reaktivierung von Brachflächen vor Neubau
63 auf freiem Feld im Baugesetzbuch verankert. Bei der Umweltprüfung ist vor der Aufstellung
64 von Bauleitplänen zu prüfen, ob geeignete Brachflächen zur Verfügung stehen.

65 Gleichzeitig soll eine Vorschrift zur Aktivierung von Siedlungsbrachflächen im
66 Landesentwicklungsplan verankert werden. Ein Anreiz für Kommunen soll entwickelt werden,
67 für jedes neu ausgewiesenes Baugebiet Leerstände und Brachflächen zu beseitigen.

68 Der Freistaat Bayern fördert die Aktivierung von Siedlungsbrachflächen. Die Kommunale
69 Planungshoheit wird dadurch nicht beschränkt. Kommunen können wie bisher auch ihre
70 Entwicklungsmöglichkeiten nutzen, wenn sie analog zu den Voraussetzungen der
71 Umweltprüfung die Voraussetzungen für die Reaktivierung von Brachflächen erfüllen.

72 • **Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken!**

73 Das Städtebauförderungsprogramm zur Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen
74 (2017 ca. 3 Mio. Euro) wird verzehnfacht und deutlich auf 30 Mio. Euro erhöht. In Bayern
75 sollen davon flächendeckend Kommunen profitieren.

76 • **Flächenmanager für jeden Landkreis!**

77 In jedem Landkreis wird ein Flächenmanager zur Beratung der Kommunen eingesetzt. Er
78 kümmert sich um die Vernetzung der Kommunen bei Bauvorhaben und der Ausweisung von
79 Gewerbegebieten, in engem Austausch mit den regionalen Planungsbehörden.

80 • **Stadtentwicklung langfristig planen!**

81 Stadtentwicklung muss langfristig geplant werden. Für kleinere Städte und Gemeinden ist es
82 oft hilfreich, eine Beratung für die langfristige Stadtentwicklung zu bekommen. Deshalb wird
83 eine Task force zur Beratung der Kommunen beim Staatsministerium für Landesentwicklung
84 und Heimat verankert.

85 • **Mischnutzung in innerstädtischen Gebieten fördern!**

86 Immer mehr Gewerbe und Nahversorgungsmärkte sind von der Innenstadt an die
87 Stadtrandgebiete umgezogen. Die Folge sind leerstehende Häuser in der Innenstadt und
88 mehr Verkehr an die Außengebiete. Die Ursachen liegen einerseits in den frei bebaubaren
89 Flächen am Rand der Stadt, aber auch in den immer höheren Auflagen für Gewerbe und
90 Einzelhandel beim Lärm- und Geruchsschutz.

91 Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel müssen wieder zusammen ins Zentrum der Stadt.
92 Lärm- und Geruchsschutzaufgaben sollen überarbeitet und so gestaltet werden, dass das
93 Miteinander im Zentrum der Stadt wieder möglich wird.

- 94 • **Denkmalschutzauflagen flexibler gestalten!**
95 Der Denkmalschutz verhindert oft vernünftige und flächensparende Lösungen für Bauherren.
96 Wenn Bauherren eine Nutzungsänderung von Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen
97 anstreben und dafür auf einen Bau auf dem freien Feld verzichten, muss dies auch
98 unbürokratisch möglich sein. Der Erhalt des Gebäudes soll im Vordergrund stehen,
99 gleichzeitig müssen Veränderungen möglich sein. Auch die Förderung für den Erhalt von
100 denkmalgeschützten Gebäuden durch den Freistaat soll aufgestockt werden.

101 2. Plastik- und Recyclingstrategie

102 Das Grundverständnis einer nachhaltigen Gesellschaft muss kurz gesagt sein: Es gibt keine
103 Abfälle, es gibt nur Rohstoffe. Von diesem Gedanken ausgehend gilt es, die
104 Wiederverwertungsquote in Bayern weiter zu steigern und die Herstellung von Plastik deutlich zu
105 reduzieren. Daneben gilt es, das Problem der Vermüllung der Weltmeere mit all seinen
106 Auswirkungen auf Mensch, Tier und Natur anzugehen.

107 EU-weit landen bis zu 500.000 Tonnen Plastik jedes Jahr im Meer. Weltweit sind es sogar
108 zwischen fünf und 13 Millionen Tonnen. Wir müssen jetzt Maßnahmen entwickeln, um dem viel
109 zu hohen Konsum und der falschen Entsorgung von Plastik entgegenzuwirken.

110 Die Herausforderung, Umwelt und Wirtschaft sowie den europäischen Binnenmarkt in Einklang
111 zu bringen, erfordert zunehmend europäische Lösungen, die auf nationaler Ebene 1:1
112 umgesetzt werden müssen. Laut europäischer Abfallgesetzgebung sollten Abfälle gar nicht erst
113 entstehen. Deutschland muss in diesem Punkt deutlich nachbessern und die EU-Vorgaben
114 konsequent umsetzen, denn wir sind mit 226 Kilogramm Verpackungsabfall pro Kopf und Jahr
115 Müll-Europameister. Die Digitalisierung und die hohe Mobilität haben diesen Trend noch mal
116 verstärkt: Allein der Bereich E-Commerce/Online-Versand oder Lieferservices hat zu einem
117 drastischen Anstieg des Verpackungsmülls geführt.

118 2.1. **Europäische Plastikstrategie**

119 Der Kommissionsvorschlag zur Europäischen Plastikstrategie sieht vor, dass ab 2030 alle
120 Kunststoffverpackungen in der EU recyclingfähig sind, der Verbrauch von Einwegkunststoff
121 reduziert und die Verwendung von Mikroplastik beschränkt wird.

122 Ziel ist es, den Umweltschutz in Einklang mit der Schaffung einer neuen Kunststoffwirtschaft
123 zu bringen: Sowohl Produktion als auch Design müssen demzufolge den Erfordernissen in
124 Bezug auf Wiederverwendung, Reparatur und Recycling uneingeschränkt Rechnung tragen.
125 Investitionen und Innovationen gilt es zu stärken und die Vermüllung der Meere aufzuhalten.

126 Wesentliche Elemente der Plastikstrategie sind:

- 127 ○ Reduktionsziele für die Verwendung oder eine Mindestvorgabe für den Anteil
128 wiederverwendbarer Alternativen von Lebensmittel- und Getränkebehälter (Mehrweg);
- 129 ○ Verbote von bestimmten Plastikprodukten und Nutzung alternativer Materialien, mit dem
130 Ziel, die Umweltauswirkungen von Kunststoffprodukten auf die Meeresumwelt sowie auf
131 die menschliche Gesundheit zu reduzieren; Ausweitung der Produkthanforderungen,
132 indem Einwegkunststoffflaschen nach einem Verfahren hergestellt werden, dass sich der
133 Deckel des Getränkebehälters während der Nutzungsphase nicht lösen kann;

134 ○ Erweiterte Herstellerverantwortung für diverse Produktgruppen, die zur
135 Umweltverschmutzung einen signifikanten Beitrag leisten. Dazu zählen u. a.
136 Lebensmittelbehälter, Folien zum Einwickeln von Lebensmitteln, Kunststoffflaschen
137 sowie deren Deckel, Getränkebecher und deren Deckel, Zigaretten mit Filtern sowie
138 separat verkaufte Filter und Feuchttücher. Für diese Produktgruppen sollen die Hersteller
139 für die Kosten für Sammlung, Transport und Behandlung sowie Reinigungskosten für
140 Meeressmüll und bewusstseinsbildende Maßnahmen aufkommen;

141 ○ Stärkere Produktverantwortung auf Verbraucherseite. Dies kann durch die Einführung
142 einer für die Verbraucherinnen und Verbraucher gut sichtbaren Kennzeichnung
143 geschehen, die auf negative Umweltauswirkungen bei unsachgemäßer Entsorgung von
144 Produkten mit Plastikanteil hinweisen (darunter Feuchttücher, Hygieneeinlagen,
145 Tampons u. a.).

146 In diesem Zusammenhang fordern wir:

147 ○ Die Europa- und Bundestagsabgeordneten müssen das Gesetzgebungsverfahren eng
148 und positiv begleiten, mit dem Ziel die Plastikstrategie auf der europäischen Ebene zügig
149 zu verabschieden.

150 ○ Die Strategie muss in Deutschland ehrgeizig umgesetzt werden, um den Umwelt- und
151 Ressourcenschutz durch eine Fortentwicklung der Kreislaufwirtschaft weiter zu stärken.

152 **2.2. Neues Verpackungsgesetz auf Bundesebene**

153 Mit dem Verpackungsgesetz, das zum 1. Januar 2019 auf Bundesebene in Kraft tritt, werden
154 die Recyclingquoten erhöht, damit mehr wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen werden. Die
155 Produktverantwortung wird gestärkt, indem die Lizenzentgelte stärker ökologisiert, d. h. dass
156 die Lizenzentgelte nach der Recyclingfähigkeit der Verpackungen gestaffelt werden. So
157 erhalten die Hersteller Anreize, möglichst recyclingfähige Materialien zu verwenden.

158 In diesem Zusammenhang fordern wir:

159 ○ Die Wirkung des Verpackungsgesetzes muss überprüft und die Produktverantwortung
160 konsequent weiterentwickelt werden.

161 ○ Es muss mit Nachdruck an alternativen Verpackungsmaterialien gearbeitet werden, die
162 ebenfalls undurchlässig für Feuchtigkeit oder Luft sind, aber keine erhöhte Energie in der
163 Produktion erfordern.

164 ○ Sogenannte Convenience-Produkte, bei denen die Industrie bereits die Vorbereitung
165 bspw. von geschälten Zitronen oder Bananen übernommen und in Plastik verpackt hat,
166 müssen überprüft werden. Dies gilt auch für die Frage der Notwendigkeit von separat in
167 Plastik eingepackten Frucht- und Gemüsesorten, die durch ihre Außenhaut bereits eine
168 natürliche Verpackung mitbringen.

169 **2.3. Vision: Plastikneutrales Bayern**

170 Unser Ziel: Wir wollen in Bayern nur so viel Plastik im Verpackungsbereich des
171 Einzelhandels (Einwegplastik) verwenden, wie auch im Sinne einer Stoffstrombilanz

172 wiederverwertet werden kann. Die Art und Weise, in der Kunststoffe gegenwärtig hergestellt,
173 verwendet und entsorgt werden, lässt allzu oft die wirtschaftlichen Vorteile einer stärker
174 „kreislaforientierten“ Wirtschaft ungenutzt und schadet der Umwelt.

175 Mit dem bereits bestehenden Programm ForCycle II schafft der Freistaat bereits jetzt das
176 Bewusstsein für die Wiederverwertung von Materialien. Dieses Programm gilt es weiter
177 auszubauen und auch stärker in den Bereich der Forschung zu investieren:

178 Unter anderem müssen folgende Fragen geklärt werden:

- 179 ○ Welche Stoffe und Materialien können mit ähnlichen Eigenschaften ausgestattet Plastik
180 überflüssig machen?
- 181 ○ Welche Möglichkeiten gibt es, vorhandenes Plastik besser als bisher wieder zu
182 verwerten und einer neuen Nutzung zuzuführen? Der Export von Plastikmüll nach China
183 gehört sicher nicht dazu!

184 Damit können wir folgende Ziele erreichen:

- 185 ○ Entwicklung einer neuen geschlossenen Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe unter
186 Einbeziehung der Wirtschaft und der Forschung. Alle Akteure werden von Beginn an in
187 diesen Prozess einbezogen.
- 188 ○ Weniger Verpackung benutzen bedeutet auch weniger Verpackung herstellen, also
189 weniger Energie- und Rohstoffverbrauch.
- 190 ○ Aufbau einer zentralen interdisziplinären bayerischen Forschungseinrichtung, die sich auf
191 die Themen Kreislaufwirtschaft, (Plastik-)Ersatzstoffe, Plastikbergung (in Natur und
192 Gewässern, etc.) spezialisiert und als Vorbild und Startpunkt für eine bundesweite
193 Exzellenzbewegung in diesem Forschungsfeld mit angeschlossenen
194 Wirtschaftsökosystem dient. Hier kann ein neuer sektorenübergreifender Nukleus für
195 Innovation und neuem Wirtschaftspotential entstehen. Beispielhaft sind hier Architektur
196 und Bauwirtschaft zu nennen, wenn es um die Wiederverwertung von Baumaterialien
197 bzw. Plastik zum Bau von Recyclinghäusern geht, aber auch die Textilwirtschaft, Fragen
198 der Energiereduzierung sowie neue Herstellungswege und -kreisläufe in der
199 Automobilindustrie (Carbon, Batterien, etc.).
- 200 ○ Statt der Bewahrung des Status Quo fördern wir die Schaffung von neuen Technologien,
201 neuen Konzepten und schließlich neuen Arbeitsplätzen sowie innovativen Arbeitsfeldern.
202 Die kommenden Generationen der innovationshungrigen Wissenschaftler und
203 Arbeitnehmer müssen ein Umfeld vorfinden, in dem sie ihre Kreativität und
204 Schaffenskraft leben können, sonst droht auch in diesem Bereich ein Braindrain ins
205 benachbarte Ausland und andere Länder dieser Welt.
- 206 ○ Das Technologieland Bayern kann und soll hier zum Leuchtturm der Bundesrepublik und
207 Vorreiter in Europa werden. Eine bayerische Plastikstrategie ist für die Menschen greifbar
208 und mit konkretem Nutzen verbunden.
- 209 ○ Zusätzlich soll hier auch die Kreislaufwirtschaft in der Mobilität genannt werden. Diese ist
210 eine Herausforderung, die es dringend zu lösen gilt, gerade im Hinblick auf das Recycling
211 der in Elektroautos verwendeten Batterien. Ein ressourceneffizientes Mobilitätskonzept

212 ist erst mit einer Mehrfachverwendung und mit einem integrierten Recycling der
213 verwendeten Rohstoffe vollständig.

214 **2.4. Bekämpfung von Mikroplastik**

215 Mikro- und Nanoplastik ist ein zunehmendes Problem für die Natur- und Tierwelt und erste
216 Studien beschäftigen sich auch mit möglichen Schäden auf den menschlichen Körper.

217 Deshalb fordern wir in diesem Zusammenhang:

218 ○ Wir wollen ein europaweites Verbot von Mikroplastik, etwa in Shampoos, Duschgel
219 oder Kosmetika. Die Industrie muss zu einem Ausstieg aus der Nutzung von Mikro-
220 und Nanoplastik als Schleifmittel bewegt werden. Einige europäische Länder haben
221 bereits ein nationales Verbot für Mikroplastik verhängt, darunter jüngst
222 Großbritannien.

223 ○ Wenn ein europaweites Verbot von Mikroplastik etwa in Shampoos, Duschgel oder
224 Kosmetika scheitert, soll das Verbot von der Herstellung und Verkauf von Mikroplastik
225 auf nationaler Ebene eingeführt werden (analog FCKW-Regelung in den 1980er
226 Jahren).

227 Die Bundesregierung unterstützt bereits Vorhaben, um Erkenntnisse über Mikro- und
228 Nanoplastik in der Umwelt und mögliche Maßnahmen zu deren Minimierung zu gewinnen.

229 Die Information und Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist ebenfalls
230 eine Aufgabe, der sich die politische Ebene stellen muss. Die Verbraucherinnen und
231 Verbraucher müssen über bestehende und neue Risiken aufgeklärt und dabei unterstützt
232 werden, wie sie sich gegen die Weiterverbreitung von Mikro- und Nanoplastik wappnen
233 können.

234 Wichtige Hinweise, die die Konsumenten dabei unterstützen, umweltschonende Alternativen
235 zu kaufen, gibt es beispielsweise bei den Umweltverbänden, aber auch die Politik muss tätig
236 werden. Das Bundesforschungsministerium fördert mit 35 Millionen Euro das Finden von
237 Lösungsansätzen, um die Plastikflut einzudämmen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher
238 können ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten, indem Produkte gekauft werden, die keine
239 Mikropartikel enthalten.

240 Viele Zuständigkeiten dafür liegen auf Bundesebene, aber auch der Freistaat Bayern kann
241 hier aktiv werden.

242 Bayern kann und soll hier eine Vorreiter- und Vorbildfunktion übernehmen: durch die
243 Entwicklung einer „Plastikstrategie Bayern“ zur Vermeidung von Plastik und Verringerung
244 von Mikroplastik (siehe oben).

245 In diesem Zusammenhang streben wir die Ausweitung und Intensivierung eines Dialogs mit
246 den verschiedenen Industriezweigen („Pakt“) zur Verringerung von Mikroplastik an und mit
247 einem Maßnahmenpaket werden wir in diesem Zusammenhang verzichtbare
248 Kunststoffabfälle reduzieren. Neben einer verbesserten Verbraucherinformation bedarf es
249 auch einer Stärkung des Recyclings im Inland und der Recycling-Qualität.

250 Im Sinne des Vorsorgeprinzips kann auch Bayern frühzeitige Maßnahmen zur Reduktion
251 weiterer Mikro- und Nanoplastikausweitungen entwickeln und entsprechende

252 Untersuchungen auf Länderebene einleiten: Der Freistaat Bayern sollte auch
253 Technologieführer sein, wenn es darum geht, vorhandenes Plastik aus der Umwelt
254 herauszufiltern - sei es aus dem Boden oder aus Gewässern.

255 **2.5. Klärschlamm**

256 Klärschlämme stammen aus kommunalen Kläranlagen, in denen Abwässer gereinigt
257 werden.

258 Die Klärschlammverordnung enthält bereits jetzt weitergehende Anforderungen an
259 Schadstoffhöchstgehalte und Ausbringungsvoraussetzungen für die Verwertung kommunaler
260 Klärschlämme als Düngemittel in der Landwirtschaft und bei Maßnahmen des
261 Landschaftsbaus. Sie enthält zudem Anforderungen an die Qualitätssicherung bei
262 Klärschlämmen. Zudem gibt die Verordnung vor, dass eine Klärschlammaufbringung
263 mengenmäßig zu begrenzen und insbesondere auf Anbauflächen für Gemüse und Obst, auf
264 Dauergrünland und in bestimmten Wasserschutzgebieten gänzlich unzulässig ist. Die
265 Betreiber der Abwasserbehandlungsanlagen werden verpflichtet, den im Klärschlamm
266 enthaltenen Wertstoff Phosphor zu separieren.

267 Allein durch das Ausbringen von Klärschlamm gelangen weltweit einige hunderttausend
268 Tonnen Mikroplastik in die Böden. Abwasserreinigungsanlagen nehmen bezüglich der
269 Mikroplastik-Problematik eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere Microbeads und
270 Mikrofasern, welche aus den Haushalten unmittelbar in das Abwasser gelangen, stellen
271 Deutschlands Kläranlagen vor aktuell große Herausforderungen.

272 Zwar kann bereits ein Teil an Mikroplastik aus unseren Abwässern gefiltert werden - wenn
273 wir diesen jedoch über den Klärschlamm hinterher wieder der Natur zuführen, ist der
274 Positiveffekt gleich null.

275 Daher fordern wir:

276 ○ Auch wenn die Klärschlammverordnung bereits durch die letzte Reform Grenzwerte und
277 strenge Ausbringungsvoraussetzungen vorsieht, sollten wir geeignete Maßnahmen
278 entwickeln und anwenden, um die Klärschlammausbringung deutlich zu reduzieren und
279 in absehbarer Zeit abzuschaffen sowie stattdessen eine energetische Nutzung des
280 Klärschlammes vorzusehen. Dafür sollen neue Technologien angewandt werden.
281 Insbesondere ist die anwendungsorientierte Forschung zu intensivieren.

282 ○ Die Belastung des Klärschlammes durch Medikamentenrückstände und
283 Schwermetallrückstände sowie Mikro- und Nanoplastikteilchen muss weiter reduziert
284 werden;

285 ○ Ausweitung von Beratungen für Kommunen bezüglich einer Neuausrichtung der
286 Klärschlamm Entsorgung;

287 **2.6. Sauberes Trinkwasser - weniger Plastikflaschen**

288 Wir müssen das Vertrauen der Bürger in die Wasserversorgung stärken, um den Gebrauch
289 von Trinkwasser aus Flaschen zu reduzieren und Ressourcen zu schonen.

290 Auf EU-Ebene werden neue Regeln für besseres Trinkwasser und zur Verringerung von
291 Plastikmüll debattiert. Der derzeitige Entwurf verschärft die Höchstwerte für bestimmte
292 Schadstoffe wie Blei sowie für schädliche Bakterien und setzt neue Grenzwerte für
293 bestimmte hormonwirksame Stoffe.

294 ○ Die Debatte über die Reform der Trinkwasser-Richtlinie der EU wollen wir positiv
295 begleiten und die neuen Regeln dann zügig und ambitioniert in deutsches Recht
296 umsetzen. Hier wurde bereits viel erreicht, daran müssen wir anknüpfen, denn sauberes
297 Trinkwasser ist ein wichtiges Anliegen unserer Bürger.

298 ○ Deshalb lehnen wir auch eine Liberalisierung unserer Trinkwasserversorgung nach wie
299 vor ab, die wir auf EU-Ebene verhindern konnten.

300 **3. Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen**

301 • **Geschlossener Stoffkreislauf in der Industrie zur Vermeidung von Schadstoffaustrag**
302 Bayern lebt von wirtschaftlicher Stärke und zugleich der Verantwortung vor der Schöpfung.
303 Gerade in der chemischen Industrie gilt es umso mehr, durch neue Technologien diese
304 beiden Punkte zu verbinden. Deshalb muss das Ziel für Bayern ein geschlossener
305 Stoffkreislauf in der Industrie zur Vermeidung von Schadstoffaustrag sein. Dies schützt in
306 besonderer Weise unsere natürlichen Lebensgrundlagen Boden und Wasser. Die
307 entsprechenden Schritte hierfür wurden vom Bayerischen Landtag bereits auf Antrag der
308 CSU-Landtagsfraktion beschlossen.

309 • **Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) beschleunigen**
310 Wir wollen, dass sich die Qualität der bayerischen Gewässer zügiger verbessert. In diesem
311 Zusammenhang müssen die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ambitionierter
312 und schneller umgesetzt werden. Wir werden den natürlichen Hochwasserschutz durch
313 Auenaktivierung (auch an kleineren Gewässern) durch die Vernässung torfhaltiger Böden
314 gewährleistet werden. Wir wollen die Substrateinträge reduzieren und gemeinsam mit den
315 betroffenen Akteuren Strukturen in der Landschaft schaffen, zum Beispiel durch Hecken und
316 Wegränder. Ebenso muss die Entwicklung von Gewässerrandstreifen unter Einbeziehung
317 der Grundstückseigentümer vorangebracht werden.

318 • **Weniger Bodenerosion**
319 Die Erosion des Bodens gilt es u. a. durch geeignete Landschaftsstrukturen und
320 Gewässerrandstreifen zu vermeiden.

321 **4. Umweltbildung**

322 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung sollen fest im Curriculum (Lehrplan) verankert werden.
323 Bisher hat Umweltbildung nur Empfehlungscharakter.

324 • Eine gezielte Verknüpfung der Bildungsschwerpunkte Digitalisierung und Umwelt könnte
325 eine neue Generation von Green Engineers entstehen lassen, die Bayerns Innovationskraft
326 als Green Tech Standort weiter vorantreiben und andere Wirtschaftsbereiche interdisziplinär
327 verknüpfen.

328 • Das Netz der Umweltstationen soll weiter verdichtet werden.

329

B) Klimaschutz weiter stärken

330 Die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels ist eine zentrale gesellschaftliche
331 Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Zunahme von Extremwettern, Hitzeperioden und
332 Starkregenereignissen ist eine Folge des sich verändernden Klimas. Nahezu alle
333 Klimawissenschaftler sind der Meinung, dass der Mensch zu einem erheblichen Teil
334 Mitverantwortung trägt und gleichzeitig ist er in hohem Maße betroffen von den Auswirkungen
335 klimatischer Veränderungen.

336 Wir sind daher gefordert, die entscheidenden Stellschrauben in die richtige Position zu drehen und
337 den eingeschlagenen Weg der Treibhausgasreduktion weiter kraftvoll zu beschreiten. Gegründet auf
338 unseren christlich-konservativen Werten verfolgen wir eine Klimapolitik, die den Menschen in den
339 Mittelpunkt stellt und dabei sozial gerecht, zielgerichtet, effizient, wettbewerbsneutral, und
340 technologieoffen konzipiert ist.

341 Wir schaffen Anreize statt Verbote. Wir fördern die Entwicklung eines gesellschaftlich breiten
342 Klimabewusstseins. Wir sorgen nachhaltig für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber
343 den herausfordernden klimapolitischen Anstrengungen. Nur im Schulterschluss zwischen Staat,
344 Wirtschaft und bürgerlicher Gesellschaft wird Klimapolitik im Sinne einer sozio-ökologischen
345 Marktwirtschaft gelingen.

346 In jedem Landkreis soll ein Klimaschutzmanager eingesetzt werden, der sich um die Anliegen und
347 Vernetzung der Kommunen im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung kümmert. Dazu
348 gehören die Betreuung von energieeffizienten kommunalen Liegenschaften genauso wie Aktionen
349 für klimafreundliche Siedlungen in Neubau und Bestand sowie energieeffiziente Betriebe, ÖPNV
350 und die biodiverse Stadtbegrünung. Eine stetige Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen,
351 Energiewende und Klimaschutz dauerhaft zu etablieren. Die diesbezügliche Förderung des Bundes
352 muss verstetigt werden.

353 Eine kraftvolle Klimapolitik schafft neue Arbeitsplätze. Wir wollen die Chancen durch die
354 Entwicklung von Umweltinnovationen nutzen. Wir sorgen für Planungssicherheit und schaffen die
355 notwendigen Rahmenbedingungen dafür, dass deutsche und bayerische Unternehmen in den
356 verschiedensten Bereichen bei der Entwicklung von Umwelt- und Klimainnovationen Marktführer
357 bleiben oder werden. Wir stärken die Investitions- und Innovationskraft, indem wir für eine
358 Gründerkultur in Deutschland sorgen und Fördermittel unbürokratisch bereitstellen.

359 1. Allgemeine Maßnahmen

360 1.1. **Klimaschutzziel 2020 als ersten Zwischenschritt ambitioniert weiterverfolgen und** 361 **so schnell wie möglich erreichen**

362 Im Dezember 2015 haben sich knapp 200 Staaten der Welt bei der 21.
363 Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Paris auf ein völkerrechtlich
364 verbindliches Klimaabkommen geeinigt, mit dem Ziel, die Erderwärmung auf deutlich
365 unter zwei Grad Celsius, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Wir
366 bekennen uns ausdrücklich dazu. Wir müssen das 1,5 Grad-Ziel weltweit erreichen und
367 auch Deutschland muss den entsprechenden Beitrag dazu leisten. Dem
368 Klimaschutzbericht 2017 zu Folge wird Deutschland bis 2020 seine
369 Treibhausgasemissionen ausgehend vom Referenzjahr 1990 um rund 32 % verringern.
370 Die angestrebte Zielgröße von 40 % fordert uns heraus, beherzter und gleichzeitig mit

371 Augenmaß die bestehenden Anstrengungen zu verstärken sowie weitere innovative
372 Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das bestehende „Aktionsprogramm Klimaschutz
373 2020“ mit den über 100 Maßnahmen muss vollständig umgesetzt und es müssen weitere
374 Maßnahmen konsequent auf den Weg gebracht werden.

375 **1.2. Jetzt die richtigen Weichen für 2030 und 2050 stellen - Klimaschutzplan umsetzen.** 376 **Maßnahmen erarbeiten**

377 Bereits heute werden wir die Weichen für das Klimaziel 2030 (55 % Minderung
378 gegenüber 1990) und 2050 (80-95 % Minderung gegenüber 1990) richtigstellen. Dafür
379 müssen alle Sektoren - von Energie über Industrie, Verkehr und Bau bis zur
380 Landwirtschaft - ihren Beitrag leisten. Der Klimaschutzplan 2050 sieht deshalb vor, dass
381 die zuständigen Bundesministerien konkrete Maßnahmenpläne erarbeiten, damit sie
382 ihren verbindlichen Beitrag erreichen. Auf der Basis der Maßnahmenpläne wird der
383 Gesetzgeber im Laufe des Jahres 2019 ein Gesetz zur Erreichung der Klimaziele
384 erarbeiten. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wird politisch sicher nicht einfach, aber
385 sie ist notwendig, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen. Innovations- und
386 Technologieoffenheit sowie Kosteneffizienz sind dabei unsere Richtschnur. Daneben
387 müssen wir mit jedem eingesetzten Euro eine möglichst große Klimaschutzwirkung
388 erzielen. Je ambitionierter die Ziele sind, desto entscheidender ist die Wahl des
389 volkswirtschaftlich kostengünstigsten Weges.

390 Wir bekennen uns auch in Bayern zu den Klimaschutzzielen und dazu, dass Bayern
391 wirksam zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels beiträgt. Bayern ist hier bereits
392 gut, wir wollen aber noch besser werden. Wir werden den Weg von der Stromwende zur
393 Energiewende in allen Sektoren vorantreiben. Wir wollen beste Voraussetzungen dafür
394 schaffen, dass modernste Klimaschutztechnologien in Bayern entwickelt,
395 sektorübergreifend eingesetzt und exportiert werden können. Wir schützen das Klima.
396 Wir begrüßen die Initiative der Bayerischen Staatsregierung, dem Klimaschutz
397 Verfassungsrang zu geben und ein Bayerisches Klimaschutzgesetz zu schaffen. Hier
398 wollen wir konkrete CO₂-Ziele verankern.

399 Unser Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen
400 je Einwohner und Jahr zu reduzieren. Das Klimaschutzprogramm 2050 soll fortgeführt
401 und weiterentwickelt werden. Die globalen Klimaschutzziele erfordern konsequentes
402 Handeln zur Emissionsminderung. Deshalb wollen wir mit dem weiteren Ausbau von
403 erneuerbaren Energien, Stromspeichern und Stromnetzen und dem Ausstieg aus der
404 Kohleverstromung schnellstmöglich vorankommen. Wir müssen als starkes Industrieland
405 unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Wir treten auf Bundesebene für die Ausweitung
406 des europäischen Emissionshandels ein und befürworten Initiativen des Bundes für eine
407 international koordinierte Einführung eines CO₂ -Preises. Mit unserem Masterplan „Moore
408 in Bayern“ leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zum Schutz der Klimas.

409 **1.3. Gesellschaftsvertrag aufsetzen**

410 Klimapolitik ist deshalb eine Herausforderung, weil die negativen Folgen eines
411 Nichthandelns meist erst in ferner Zukunft spürbar sind. Die Auswirkungen auf die
412 Bevölkerung und die Wirtschaft durch Klimaschutzmaßnahmen bedeuten jedoch oft
413 unmittelbare Einschnitte. Wenn wir nicht handeln, sind die Folgen aber weitaus teurer als
414 die Kosten für einen effektiven Klimaschutz. Wir wollen Ökonomie, Ökologie und
415 Soziales nicht gegeneinander ausspielen, sondern unter Einbindung aller Akteure vor Ort

416 miteinander im Gleichgewicht halten. Wir setzen auf Anreizsysteme in allen Sektoren.
417 Denn so können wir vermeiden, dass uns bei Nichterreichung der europäischen Ziele
418 Ordnungspolitik und zusätzliche Verbote durch die europäische Ebene drohen.
419 Wir brauchen keine neue Ziel-Diskussion, sondern wir bringen die erforderlichen
420 Maßnahmen in allen Sektoren für die bestehenden Ziele konsequent auf den Weg.

421 2. Energie

422 Die flächendeckende, nachhaltige, umweltgerechte und möglichst unabhängige
423 Energieversorgung unseres Landes ist eine der Kernaufgaben unseres politischen,
424 wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitalters. Gleichzeitig muss die Energie für die gesamte
425 Bevölkerung und alle Wirtschaftszweige bezahlbar bleiben.

426 Daher sind unter anderem folgende Schritte umzusetzen:

- 427 • **Stärkung regionaler Energieagenturen** in den Landkreisen- und Regierungsbezirken mit
428 ausreichender Unterstützung durch das Ministerium, um damit die Dezentralisierung der
429 Energiegewinnung und -versorgung zu fördern.
- 430 • **„10.000 Häuser Programm“ fortführen und erweitern:** Weitere Förderungsoptionen
431 aufnehmen, so u. a. in den Bereichen Sektorkopplung, Geothermie (oberflächennah),
432 Quartierskonzepte, Ladesäulen für Elektrofahrzeuge;
- 433 • **Energieversorgung in Neubaugebieten CO₂-neutral gestalten:** Ziel ist die
434 Energieversorgung für alle Gebäude in einem Neubaugebiet unter Berücksichtigung der
435 örtlichen Gegebenheiten so zu optimieren, dass die Energieversorgung CO₂-neutral erfolgt.
- 436 • **Stärkung der Solarenergie durch neue Technik und Forschung** (Anknüpfung an die
437 Innovationskraft des deutschen Mittelstands vor 15-20 Jahren): Unter anderem durch
438 Dachflächeninitiative (analog zu Urban Greening), etwa in Gewerbegebieten, die begrünt
439 werden oder mit Solar-Panels bestückt werden (Eigenstromversorgung in Betrieben),
440 verbunden mit steuerlichen Anreizen.
- 441 • **Energieeffizienzpakt Bayern 2.0 auflegen**, verbunden mit realistischen, aber wirksamen
442 Maßnahmen;
- 443 • **Sozialverträglicher Umbau des Energiesektors auf der Bundesebene:** Hierfür werden
444 wir die Reduzierung der Kohleverstromung sozialverträglich gestalten. Trotz des Umbaus
445 des Energiesektors müssen wir Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen und
446 sozialverträglichen Strompreisen gewährleisten und den Regionen vor Ort Perspektiven für
447 die Zukunft geben. Die Auswirkungen auf die betroffenen Regionen gleichen wir mit Hilfen
448 aus und unterstützen vor Ort bei der Bewältigung des Strukturwandels. Die Vorschläge der
449 von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und
450 Beschäftigung“ sind unser Kompass.
- 451 • **Weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Bis 2030 streben wir auf Bundesebene
452 einen Anteil von rund 65 Prozent Erneuerbarer Energien an. In diesem Zusammenhang
453 muss der absolute Deckel von 52 Gigawatt bei Photovoltaikanlagen abgeschafft werden. Wir
454 begrüßen den Ansatz aus dem Bayerischen Koalitionsvertrag, gegenüber dem Bund bei den
455 Ausschreibungen einen Mindestanteil für Bayern und Süddeutschland einzufordern.

- 456
- 457
- 458
- 459
- 460
- 461
- 462
- 463
- **Positiv-Kampagne zur Energiewende:** Der Umbau der Energieversorgung mit dem Ziel die Kernenergie und die fossilen Energieträger Schritt für Schritt durch regenerativer Energien zu ersetzen, verkörpert das größte ökologische Projekt unserer Zeit. Die öffentliche Wahrnehmung dieses im Kern höchst positiven Vorhabens für die Menschheit fokussiert sich zu wenig auf die entscheidenden Vorteile und vielfältigen Chancen. Wir fordern deshalb flankierend zu den Umsetzungsbeschlüssen eine Positiv-Kampagne zur Steigerung der Akzeptanz in der Bevölkerung und damit auch zur Beschleunigung bei Einzelmaßnahmen wie z. B. bei dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung.

464

3. Mobilität

465

466

467

468

Der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Mobilität ist im Zuge des Klimaschutzes und vor dem Hintergrund unserer Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und Lebensräume unerlässlich. Gleichzeitig gehört mobil zu sein zu den signifikanten Errungenschaften unserer modernen Gesellschaft.

469

470

471

Deshalb muss moderne Mobilität durch die anstehenden Veränderungen geprägt sein von Verbesserungen in Ökologie und Effizienz. Nur dadurch lassen sich Einschränkungen der Mobilität verhindern.

472

473

474

Wir brauchen eine gezielte und intelligente Weiterentwicklung, unter anderem mit dem Ausbau des Öffentlichen Personen(nah)verkehrs und neuer Mobilitätstechnologien. Bayern muss dabei Vorreiter sein.

475

- **Passgenaue Mobilitätskonzepte**

476

477

478

Wir brauchen passgenaue Mobilitätskonzepte für Stadt und Land, wobei Stadt nicht gleich Stadt ist und Landgemeinde nicht gleich Landgemeinde. Jede Region hat andere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und braucht „ihre“ individuelle Lösung.

479

- **Radverkehr attraktiver gestalten**

480

481

482

483

484

Radverkehr ist nicht nur Sport und Freizeitspaß, sondern ein bedeutendes Verkehrsmittel. Strecken um die 5 km sind oft problemlos mit dem Fahrrad erreichbar, mit E-Bike können 10-15 km ohne großen Aufwand zurückgelegt werden. Für eine verstärkte Nutzung müssen Radwegenetzverbindungen ausgeweitet werden und mehr Fahrradstellplätze geschaffen werden.

485

- **„Zukunftspakt Mobilität Bayern“**

486

487

488

489

490

491

Bayern muss von der Weiterentwicklung der Mobilität auch wirtschaftlich profitieren. Deshalb braucht es in Ergänzung der bestehenden Vereinbarungen einen „Zukunftspakt Mobilität Bayern.“ Mit dieser Maßnahme sollen Anreize für Unternehmen gesetzt werden, sich mit nachhaltigen, aber auch wirtschaftlich noch unrentablen Fragen zu beschäftigen. Gleichzeitig muss sich die Automobilindustrie ihrer Verantwortung bewusst sein. Hier geht es um eine tragende Säule unseres Wirtschaftsstandortes.

492

- **Staatliche Unterstützung für die Kommunen**

493

494

495

Vielerorts haben die Kommunen bereits vor längerer Zeit damit begonnen, im Bereich der nachhaltigen Mobilität ihre Ideen umzusetzen und zu investieren. Fast alle Maßnahmen vor Ort sind mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Dies bedeutet für

- 496 Gegenwart und Zukunft die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung der
497 Kommunen vom Staat.
- 498 • **Autonomes Fahren soll die Mobilität der Zukunft ermöglichen**
499 Durch die Entwicklung selbstfahrender Autos soll die Verkehrssicherheit drastisch erhöht,
500 die Mobilität in ländlichen Regionen auch bei demographischen Veränderungen erhalten
501 und die Energiewende unterstützt werden. Die anwendungsorientierte
502 Wasserstofftechnologie ist mit Nachdruck weiterzuentwickeln (z.B. Power to X).
503 Pilotprojekte wie im niederbayerischen Bad Birnbach müssen weiter ausgebaut, schneller
504 bewertet, zügig und flächendeckend eingeführt werden (Ein autonom fahrender
505 Elektrobus, der nicht nur leise und umweltfreundlich ist. Er hat weder Fahrer noch
506 Lenkrad oder Gaspedal. Nur ein Fahrbegleiter ist an Bord, der bei Bedarf eingreifen
507 kann).

 - 508 • **Neue umweltfreundlichere Antriebsstoffe**
509 Weitere energiepolitische Optionen müssen neben der Elektromobilität mit einbezogen
510 und weiter gefördert werden. Hier müssen die Automobilhersteller stärker in die Pflicht
511 genommen werden, um innovativer zu werden und ihren Beitrag zum Klimaschutz zu
512 leisten.
 - 513 ○ Flüssiggas (LNG - Liquid Natural Gas)
514 Die Öko-Bilanz fällt für LNG gut aus: Beim Betrieb mit LNG stößt ein Lkw über 90
515 Prozent weniger Stickoxide aus als mit einem herkömmlichen Dieselmotor. Außerdem
516 verringert sich das Verbrennungsgeräusch deutlich, da die Motoren keine
517 Selbstzünder sind.

 - 518 ○ BioLNG
519 Das muss aber noch nicht das Ende der ökologischen Fahnenstange sein. Verflüssigt
520 man Biogas, reduzieren sich die schädlichen Emissionen weiter. BioLNG ist sehr
521 umweltfreundlich und stößt 80 Prozent weniger CO₂ und deutlich weniger NO_x, SO_x
522 und Feinstaubemissionen aus - im Vergleich zu Diesel oder Heizöl.

 - 523 ○ DME
524 Bei den Bio-Kraftstoffen forschen die Wissenschaftler nach weiteren Alternativen. Ein
525 zunächst vielversprechender Ansatz war das DME (Dimethylether), welches bisher
526 hauptsächlich als Treibmittel in Spraydosen zum Einsatz gekommen ist.
527 Grundsätzlich eignet sich DME durch eine niedrige Selbstentzündungstemperatur und
528 eine hohe Cetanzahl (55 bis 60) ebenso als Kraftstoff für Dieselmotoren. Da dieser
529 Treibstoff „besser“ ist, weil er vollständiger verbrennt als herkömmlicher Diesel,
530 lassen sich nach Angaben von Wissenschaftlern die Kohlendioxidemissionen um bis
531 zu 95 Prozent senken.

 - 532 ○ Methanol
533 Auch an Bio-Benzin für Otto-Motoren wird geforscht. Die Basis des DMC
534 (Dimethylcarbonat) ist Methanol. Ein Vorteil des DMC, das als Zusatz zu
535 Ottokraftstoffen dienen könnte, ist, dass es nicht giftig ist. DMC besitzt eine Reihe
536 günstiger Eigenschaften, darunter die Erhöhung der Klopffestigkeit, des
537 Wirkungsgrades, der Verbrennungsstabilität und der Absenkung der Emissionen.
538 Erste Versuche bei Kraftstoffen mit bis zu 20 Prozent DMC-Anteil haben diese
539 Annahmen bekräftigt.

- 540
- 541
- 542
- 543
- 544
- 545
- 546
- **Weitere Handlungsempfehlungen durch die Kommission „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ auf der Bundesebene:**
Die Kommission „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ wurde bereits eingesetzt. Wir erwarten von dieser Kommission weitere Handlungsempfehlungen, wie wir nachhaltige Mobilität durch alternative Antriebsarten und Kraftstoffe sowie die Sektorkopplung durch die Verknüpfung der Verkehrs- und Energienetze weiter voranbringen.

547

4. Gebäude

548

549

550

551

552

553

554

555

Wir setzen auf Effizienz im Gebäudebereich und wollen vorhandene Potenziale mit den richtigen Instrumenten und Baustoffen heben. Das schaffen wir mit Anreizen statt Verboten. Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung erlaubt Hauseigentümern, ohne großen Verwaltungsaufwand Energiekosten und gleichzeitig Steuern zu sparen. Das ist der richtige Weg dafür, dass die nötigen Investitionen in mehr Energieeffizienz und Klimaschutz ausgelöst werden. Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung muss deshalb zeitnah eingeführt werden. Der Bundesfinanzminister muss hierfür zügig einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen und die Bundesländer müssen zustimmen.

- 556
- 557
- 558
- Auch im Gebäudebereich muss eine Kommission auf Bundesebene Maßnahmenvorschläge erarbeiten, damit sichergestellt wird, dass der Gebäudebereich einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leistet.

- 559
- 560
- Die Bundesliegenschaften müssen mit einem Sanierungsfahrplan mit gutem Beispiel vorangehen.

561

5. Landwirtschaft und Gartenbau

562

563

564

565

566

567

568

569

Die bundesweite Spitzenposition Bayerns im ökologischen Landbau und bei nachhaltigen Lebensmitteltechnologien wollen wir kraftvoll ausbauen. Dazu werden wir den Agrarsektor unterstützen, um Reduktionspotenziale auszuschöpfen. Hierfür müssen die Lachgasemissionen im Pflanzenbau und in der Tierhaltung gesenkt, weniger Mineraldünger und vermehrt Wirtschaftsdünger in Biogasanlagen eingesetzt, sowie torfhaltige Substrate verboten werden. Auch bei der Lagerung von Gülle können Emissionen vermieden werden. Auch die Vermeidung von Lebensmittelverlusten trägt zum Klimaschutz bei. Schließlich müssen unsere Moorböden besser geschützt und dürfen nicht ackerbaulich genutzt werden.

570

6. Wirksamer Klimaschutz vor Ort sowie Forschung und Entwicklung verstärken

571

572

573

574

575

Gemeinschaftlich auf den Weg gebrachte Maßnahmen sind gesellschaftlich breit akzeptiert. Die Menschen in den Kommunen stehen hier besonders im Fokus unseres Handelns, denn Klimaschutz vor Ort, zum Beispiel mit lokalen Klimaschutzkonzepten, ist für die Bürgerinnen und Bürger am sichtbarsten. Wir werden die Kommunen weiterhin dabei unterstützen, damit sie mit regionalen, innovativen Klimaschutzprojekten sichtbare Leuchttürme schaffen.

576 Forschungsaktivitäten verstärken.

577 Wir brauchen starke Beiträge aus der Forschung und müssen das Potenzial der Wissenschaft
578 noch stärker heben, um durch neue Technologien und Methoden zur Emissionsreduktion die
579 Potenziale in allen Sektoren auszuschöpfen, wie z. B. synthetische Kraftstoffe, alternative
580 Antriebe, Verwendung von CO₂ als Werkstoff (CCU) oder emissionsarme Futtermittel. Die
581 Erforschung von Strategien zur besseren Klimaanpassung bauen wir aus, um auf die zentralen
582 gesellschaftlichen Herausforderungen besser vorbereitet zu sein. Die steuerliche Förderung von
583 Forschung und Entwicklung werden wir vorantreiben.

584 7. Entwicklungspolitik:

585 Bayerns Beitrag aus Verantwortung - Mitgliedschaft im Global Marshall Plan

586 Wir fordern: Bayern wird aktiver Partner des „Global-Marshall-Plans“. Das Ziel der Global
587 Marshall Plan Initiative ist die Etablierung eines mit Nachhaltigkeit kompatiblen
588 Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft: Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft.

589 Alle Landtage Österreichs sowie das Land Thüringen sind dem GMP bereits beigetreten und
590 leiten daraus Initiativen ab. Die Prinzipien einer weltweiten ökosozialen Wirtschaftsordnung und
591 der Setzung von ökologisch-sozialen Mindeststandards in Entwicklungs- und Industrieländern ist
592 auch mit CSU-Prinzipien vereinbar.

593 Eine aktive Mitgliedschaft im GMP hebt Bayerns Engagement im umweltpolitischen Bereich
594 international hervor und kann so auch ein direktes entwicklungspolitisches Ergebnis erzielen,
595 was eine Antwort auf die Fluchtursachenbekämpfung und Migrationspolitik darstellt.

596 Konkrete Maßnahmen könnten sein:

597 • Bayerische Klimapatenschaften und Aufforstungsprogramme in Entwicklungsländern:
598 Insbesondere ein breites Engagement zur Sicherung der Lebensgrundlage in den vom
599 Klimawandel besonders betroffenen Regionen wäre ein weiterer aktiver synergetischer
600 Ansatz zur Fluchtursachenbekämpfung und im Kampf gegen die globale Erderwärmung.
601 Denkbar wäre bei dieser direkten entwicklungspolitischen Förderung, dass Industriestaaten -
602 in diesem Fall Bayern - im Rahmen solcher Klimaschutzmaßnahmen Patenschaften über
603 bestimmte Länder und Ländergruppen in vom Klimawandel bedrohten Regionen
604 übernehmen.

605 • Bayern könnte zum Beispiel vor Ort gezielte und kontrollierte Investitionen in
606 kohlenstoffdioxidneutrale Energiequellen zur zusätzlichen Diversifizierung der
607 Energieversorgung vornehmen.

608 • Entsprechende Regionen und insbesondere einzelne Entwicklungsländer können durch
609 gezielte Förderungen und der weiter ansteigenden globalen Energienachfrage (nicht zuletzt
610 durch die digitale Revolution verursacht) einen eigenen Beitrag zur globalen
611 Klimaschutzpolitik leisten. Sie würden in dieser Hinsicht zum einen als potentielle Lieferanten
612 erneuerbarer Energien, beispielsweise in Wüstenregionen durch den Export von
613 Solarenergie, so zum Klimaschutz wesentlich beisteuern und eine vorteilhafte Klimaallianz
614 zwischen Sonnengürtel- und Technologieländern bilden.

- 615 • Zum anderen können sie als Kohlendioxidsenker durch massive Aufforstungsmaßnahmen
616 (die wir direkt fördern und unterstützen) im Einzugsgebiet des Regenwaldes, die nicht zuletzt
617 im Rahmen der Agrarforstwirtschaft wiederum wichtige Impulse zur Ernährungssicherheit vor
618 Ort gibt, ihr klimapolitisches Engagement erweitern und davon direkt profitieren.
- 619 • Solche gezielten Entwicklungsmaßnahmen zum Klimaschutz würden wichtige Perspektiven
620 zur Schaffung von neuen Lebensgrundlagen und Gründe gegen eine weitere Migration
621 bilden. Schließlich entstehen daraus stabilisierende Faktoren für Staaten und
622 Gesellschaften, die bislang klimabedingten Gefährdungen ausgesetzt sind.
- 623 • Die verstärkte Nutzung alternativer und erneuerbarer Energiequellen in Trockengebieten
624 kann neue Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen schaffen und bietet damit auch
625 eine Grundlage für die menschliche, nationale und internationale Sicherheit, wie sie
626 insbesondere auch lokale und regionale Ökonomien stärken kann. Somit wird es ferner
627 ermöglicht, den Zugang und die Kontrolle von fossilen Energiequellen zu entschärfen und
628 Bevölkerungen, deren Energiereserven zur Neige gehen bzw. keine Teilhabe daran
629 zukommt, zu alternativen Einkommen zu verhelfen.
- 630 Die Projekte des CSU-geführten Bundesentwicklungshilfeministeriums leisten hier einen
631 wichtigen Beitrag und können Grundlage und beispielgebend für weitere Bemühungen Bayerns
632 sein.

633 C) Artenvielfalt schützen und erhalten

634 Der Rückgang der Artenvielfalt ist eine globale Herausforderung. Dennoch sind auch wir im
635 Freistaat Bayern gefordert, mit eigenen gezielten Maßnahmen unseren Beitrag zum Schutz und
636 Erhalt der Artenvielfalt zu leisten.

637 Konkret kann dies geschehen durch folgende Maßnahmen:

- 638 • **Erstellung eines Grundsatzkonzeptes zur Ausweisung neuer Schutzgebiete in Bayern,**
639 **wobei ausschließlich auf Flächen in Staatsbesitz zurückgegriffen werden soll.**
- 640 • **Unterstützung Landschaftspflegeverbände und ehrenamtlicher Naturschutz**
641 Landschaftspflegeverbände sind aufgrund ihrer Gleichberechtigung von
642 Naturschutzverbänden, Landwirtschaft und Kommunalpolitik ideale Instrumente zur
643 Umsetzung von praxisorientierten Naturschutzmaßnahmen. Wir wollen in Bayern möglichst
644 ein flächendeckendes Netz dieser Einrichtungen erreichen und diese im Zusammenhang mit
645 ehrenamtlichem Naturschutz noch mehr fördern.
- 646 • **Blühpakte**
647 Mit dem gestarteten Blühpakt Bayern und einem breiten Bündnis von Partnern werden wir
648 Bayern wieder zum Blühen bringen: Die Bevölkerung, die Wissenschaft, Naturexperten und
649 die Wirtschaft sollen gemeinsam an einem Strang ziehen. Wichtig ist dabei besonders auch
650 die Landwirtschaft. Mit einer großangelegten Werbekampagne werden wir bayernweit mehr
651 Lebensraum für Insekten schaffen.

- 652
- 653
- 654
- 655
- 656
- 657
- 658
- 659
- **„Artenschutzpakt von Landwirtschaft und Naturschutz“**
Durch eine verstärkte Kooperation mit der Landwirtschaft und einer Förderung von Maßnahmen in Agrarumweltprogrammen mit nachweislich positiven Effekten für die biologische Vielfalt soll der Naturschutz gestärkt werden. Wir wollen analog zum Umweltpakt einen „Artenschutzpakt von Landwirtschaft und Naturschutz“ schaffen - mit dem Schwerpunkt auf einem kooperativen Ansatz mit Beratung der Landwirtschaft. In jedem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten soll ein Biodiversitätsberater eingerichtet werden, der als Unterstützung für die Landwirte tätig ist.
 - **Verantwortungsvoller Umgang mit Pflanzenschutzmitteln**
Der Wirkstoff Glyphosat ist EU-weit zugelassen. Wir werden - wie im Koalitionsvertrag der Union und SPD vereinbart - mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden. Gemeinsam mit der Landwirtschaft muss deshalb eine Ackerbaustrategie entwickelt werden, um u. a. umwelt- und naturverträgliche Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln zu regeln. Die dazu notwendigen rechtlichen Maßnahmen werden wir in einem EU-konformen Rahmen verankern.
 - **Weniger Chemie - Forschungsoffensive für mechanischen und biologischen Pflanzenschutz**
Wir starten eine Forschungsoffensive für mechanischen und biologischen Pflanzenschutz. Wir wollen u. a. dadurch eine nachprüfbare Reduktion von Pflanzenschutzmitteln erreichen. Wir werden Digitalisierung und Innovationen zur Reduzierung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und für eine effizientere Bewirtschaftung der Ackerbauflächen nutzen. Darüber hinaus ist chemischer Pflanzenschutz in Privatgärten zu verbieten.
 - **Offensive in der Umweltbildung**
Wir wollen die Verwaltungskostenpauschale für staatl. anerkannte Umweltbildungsstationen erhöhen und kostenlose Aktionen für Grundschüler an anerkannten Umweltstationen ermöglichen.
 - **Förderung von Dachbegrünungen**
Die Sicherung unserer Natur- und Artenvielfalt muss schon alleine aufgrund des Schöpfungsgedankens die ureigene Kernaufgabe des Menschen sein. In Teilen unseres Landes geriet dies im Zeitalter der Industrialisierung teilweise in Vergessenheit. Im Zuge des Flächenverbrauchs entstehen immer mehr Gebäude, welche mit wertvollen Dachbegrünungsflächen versehen werden könnten. Die Errichtung von solchen Flächen soll künftig durch das bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr unter folgenden Grundvoraussetzungen gefördert werden:
 - Gewinnung von ökologisch hochwertigen Extensivflächen
 - Rückgang des Flächenverbrauchs durch Entsiegelung von verbrauchten Flächen
 - Regulierung der Raumtemperatur in Gebäuden durch eine Dachbegrünung
 - Wasserspeicher bei Starkregenereignissen
- 660
- 661
- 662
- 663
- 664
- 665
- 666
- 667
- 668
- 669
- 670
- 671
- 672
- 673
- 674
- 675
- 676
- 677
- 678
- 679
- 680
- 681
- 682
- 683
- 684
- 685
- 686
- 687
- 688
- 689
- 690
- 691
- 692
- 693
- 694
- 695
- 696

697 Bebauungsplänen zu regeln. Dabei sollte auch die Versickerung von überschüssigen
698 Regenwasser durch die Berücksichtigung der Dachbegrünung und der damit verbundenen
699 Rückhalteflächen bedacht werden.

700 • **Dialogforum Alpenplan**

701 Gemeinsam mit betroffenen Kommunen und den Naturschutzverbänden soll im Rahmen
702 eines Dialogforums Alpenplan über die Stärkung des naturverträglichen Tourismus
703 gesprochen werden. Die Rücknahme der Eingriffe in den Alpenplan werden vom AKU
704 ausdrücklich begrüßt.

705 • **KULAP auf hohem Niveau weiterführen**

706 Das erfolgreiche Kulturlandschaftsprogramm führen wir weiter. Wir schaffen dadurch mehr
707 Naturflächen und damit Lebensraum für Artenvielfalt.

708 Bayern muss sich zudem weiterhin dafür einsetzen, dass folgende Programme auf
709 Bundesebene weitergeführt werden:

710 • **Aktionsprogramm Insektenschutz**

711 Auf der Basis der Eckpunkte zum Aktionsprogramm Insektenschutz wird die
712 Bundesregierung nach einer Öffentlichkeitsbeteiligung konkrete Maßnahmenvorschläge
713 erarbeiten, um das Insektensterben zu stoppen. Hierzu gehört insbesondere auch die
714 Schaffung von Insektenlebensräumen. Das Programm „Grün in der Stadt“ oder auch
715 pestizidfreie und nutzungsfreie Gewässerrandstreifen sind hier mögliche Ansatzpunkte. Auch
716 müssen durch Forschung weitere Erkenntnisse zum Insektenschutz gewonnen und ein
717 besseres Insektenmonitoring eingeführt werden.

718 • **Bundesprogramm Biologische Vielfalt**

719 Seit 2011 fördert der Bund innovative Projektideen, die dem Schutz der nachhaltigen
720 Nutzung und der Entwicklung der biologischen Vielfalt in Deutschland dienen. Die
721 Fördermittel des Bundesprogramms belaufen sich 2018 auf 25 Millionen Euro und werden im
722 Jahr 2019 auf 30 Millionen Euro angehoben. Fünf Millionen Euro entfallen jährlich auf die
723 Unterstützung des Aktionsprogramms Insektenschutz. Das Bundesprogramm Biologische
724 Vielfalt muss fortgeführt werden.